

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Dresdner Nachrichten  
Gesellschafter: Stadtwerke Dresden  
Gesamtkomplett-Nummer 25 241  
Kurz-Nr. Nachdruck-Preise: 20 011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich zweimaligem Verband monatlich 6,50 RM., vierstündiglich 10,50 RM.  
Die 1 Spalte 27 mm breite Seite 2 RM. Auf Familienanlagen, Wohnung unter Tisch u. Wohnungsmarkt, 1 Spalte 2 RM. auf Verhältnisse 25%. Zurzeit günstige Tarife. Günstigste Mietpreise gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung und Haushaltsschule:  
Marienstraße 63/40.  
Druck u. Verlag von Glogau & Reichert in Dresden.  
Postleitzahl 1066 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) gültig. — Unseriöse Schriften werden nicht aufgenommen.

**Triumph-Buttermilch-Seife**

Ist infolge ihrer chem. Zusammensetzung ein unvergleichliches Schönheits- und Toilettemittel.

**Triumph-Buttermilch-Seife**

gibt ein unglaublich sparsam, Verbrauchs wegen besonderes zu empfehlen.

**Triumph-Buttermilch-Seife**

Ist in jedem bestreben Preis von 4,50 Mark.  
Herrsteller: Wilm. Götsche,  
Dresden-N. 11, Großbetrieb für Seifen u. moderne Waschmittel.

## Rücktritt des französischen Ministeriums.

### Die Vertrauensfrage in der Kammer.

Paris, 12. Jan. In der heutigen Kammersitzung standen drei Interpellationen auf der Tagesordnung, eine über die Entwaffnung Deutschlands und eine über die allgemeine Politik der Regierung. Ministerpräsident Poincaré lehnte es ab, diese Interpellationen sofort zu bearbeiten und verzögerte ihre Verhandlung. Nach kurzer Debatte wurde die Abstimmung mit 403 gegen 125 Stimmen abgelehnt. Das Ministerium ist darauf zurückgetreten. (W. T. B.)

Über die heutige Kammersitzung berichtet W. T. B. weiter:

Nachdem Kammernpräsident Raoul Péret den Vorsitz übernommen und die übliche Begrüßungsrede gehalten hatte, erklärte er, es seien drei verschiedene Interpellationen eingelaufen. Er fragte die Regierung, welchen Tag sie für deren Diskussion vorschlagen wolle. Ministerpräsident Poincaré erklärte, er versiche, daß die Kammer unterschreitet sein wolle. Die Regierung habe das größte Interesse, den Kontakt mit dem Parlament aufrecht zu erhalten, und das sei immer geschehen, aber es gebe Stunden, in denen die öffentliche Diskussion der Regierungspolitik große Ungleicherheiten bereiten könnte, welche Unparteilichkeit und welches Wohlwollen man auch an den Tag

legen werde. Die Autorität der Regierung könne durch eine solche Debatte verringert werden. Es handle sich aber darum, zu wissen, ob die Regierung das Vertrauen befähigt, das sie haben müsse, um Frankreich am 10. Januar auf der Interalliierten Konferenz zu vertreten. Diese Verhandlungen hätten den Zweck, nur die Entwaffnung Deutschlands und die lückenlose Ausführung des Friedensvertrages von Versailles mit Unterstützung aller Alliierten sicherzustellen und den endgültigen Frieden in allen vom Krieg erzeugten Ländern herbeizuführen. Das Ministerium sei in der Vorarbeit begriffen, damit Frankreich das im Kriege unternommene Werk mit Ruh vollenden könne. Die französische Regierung müsse sich mit ungebundenen Händen an den Verhandlungen beteiligen. Sie brauche daher das weiteste Maß verringertes Vertrauen anzunehmen, um im Namen eines vereinigten Frankreichs sprechen zu können. Die Regierung werde auf der Konferenz erscheinen mit dem vollen Vertrauen, oder sie werde nicht hingehen.

Nachdem Bolanowski und Bonneval sich gegen die Abstimmung ausgesprochen hatten, wurde zur Abstimmung angesetzt und die vom Ministerpräsidenten verlangte Abstimmung mit 403 gegen 125 Stimmen abgelehnt. Die Minister verließen den Saal. Die Kammer verlagte sich.

### Die Folgen von Spa.

Berlin, 12. Jan. Seit Beginn der Ausführung des Abkommens von Spa hat der Eisenbahnerverband nicht mehr eine dem täglichen Verbrauch entsprechende Kohlemenge angezeigt werden können. Vor allem waren auch die für eine wirtschaftliche Lokomotivförderung notwendigen Kohlensorten nicht in ausreichender Menge vorhanden, da gerade sie von der Entente verlangt werden. Die Kohlevorräte der Reichseisenbahnen sind insgesamt ständig und in leichter Zeit besonders stark zurückgegangen. Zurzeit sind fast überall nur noch Vorräte für weniger als zehn Tage vorhanden. Damit läßt sich die Lage dem Gefahrenpunkt, daß der Betrieb aus Mangel an Dienstkollektiv nicht mehr in vollem Umfang durchgeführt werden kann. Die Möglichkeit, daß der Personenverkehr eingeschränkt werden muß, um den notwendigen Güterverkehr sicherzustellen, ist nicht ausgeschlossen. (W. T. B.)

Diese Nachricht gibt um so mehr Anlaß zur Beunruhigung, als das an Kohlenüberfluss leidende Frankreich sogar noch eine Erhöhung der in Spa zugestandenen Kohlenlieferungen verlangen will.

Gegenüber der Meldung des W. T. B. erwidert die „Nationalsozietät“: Eine Einschränkung im Eisenbahnverkehr infolge Kohlenmangel ist vorläufig noch nicht zu befürchten. Es wird über eine Neuauflistung der Kohlenmengen der Eisenbahnen verhandelt. Gegenwärtig beliegen allerdings einzelne Magazine nicht einmal Vorräte für zehn Tage und müssen deshalb von anderen Magazine mit Vorräten bedacht werden. Besonders erstaunt es an Qualitätsschwäche. Das Reichsbahndirektorat hat Maßnahmen ergriffen, um die Reservevorräte der Eisenbahnen wieder so zu erhöhen, daß sie für mindestens 15 Tage reichen.

### Strafe für die „Entwaffnungsverzögerung“.

(Eigner-Drahtbericht der „Dresden Nachrichten“)  
Frankfurt a. M., 12. Jan. Die Havas-Agentur meldet: Die alliierten Kabinette haben der Interpretation zugestimmt, daß die deutsche Entwaffnungsverzögerung den im Friedensvertrag festgelegten Strafmaßnahmen unterliege.

Demgegenüber meldet die „Neue Zür. Zeit.“ aus Paris, daß, obwohl die alliierten Kabinete vierzehn einzelne Verlebungen des Verfaßter und des Spaer Vertrages durch Deutschland seitenschein, sich dennoch die Annahme erhalte, daß die Strafhandlungen vorläufig vertagt werden.

Berlin, 12. Jan. General Mollet, der Chef der Interalliierten Kontrollkommission, der sich zu der Entwaffnungskonferenz der alliierten Regierungshäupter nach Paris begibt, wird das Gesamte von der Regierung bisher vorliegende Material über die Durchführung der Abstimmung und der Entwaffnung und überdies eine Note, in der die Gesamtlage zusammenfassend dargestellt ist, mitnehmen.

### Wieder Schwarze zur Besetzung der Pfalz.

Karlsruhe, 12. Jan. Aus Bandau wird gemeldet: Die dortige französische Kommandantur habe bestätigt, daß von Mitte Februar ab wieder afrikanische Truppen zur Besetzung der Pfalz verwendet würden.

### Sehr ernster Zustand der Kaiserin.

Haus, 12. Jan. Der schwere Kronprinz ist bereits nach Doorn abgereist, um seine kranke Mutter zu besuchen, deren Gesundheitszustand noch immer äußerst beorgnisreizend ist.

Aus Haus wird folgender Bericht über das Belinden der ehemaligen Deutschen Kaiserin vom 11. Januar ausgegeben: Das körperliche Übermaß der Alten verhindert sich langsam, aber sicher. Die Brüder und Schwestern führen sie langsam, aber sicher. Die Brüder und Schwestern führen sie langsam, aber sicher. Der Zustand ist als sehr ernst zu betrachten. (W. T. B.)

### Die Eisenbahnerbewegung.

#### Eine neue Verhandlungsgrundlage.

Berlin, 12. Jan. Nachdem die Vorstände der Großorganisationen der Eisenbahner zu den bisherigen Verhandlungsgegenständen Stellung genommen und auf Grund der einmütigen Ablehnung der Mitglieder im ganzen Lande neue Verhandlungen für notwendig gehalten haben, trat am Mittwoch der Schachnerausschuß zu einer Verhandlung zusammen. Aus den erzielten Verhandlungen ergab sich eine neue Verhandlungsgrundlage, die dann in einer am gleichen Tage stattgefundenen Konferenz mit Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsringes eingehend besprochen wurde. Dabei wurde ganz besonders die finanzielle Auswirkung der zu fordern weiteren Anstrengungen behandelt. Schließlich erklärten sich die Vertreter der genannten Gewerkschaftsbünde bereit, sofort mit den entsprechenden Regierungspartnern in Verbindung zu treten, damit ein bestmögliches Rechtstaat erzielt werde. (W. T. B.)

Berlin, 12. Jan. Der erweiterte Vorstand der Mecklenburgischen Eisenbahner kam in seiner heutigen Sitzung nach langen Diskussionen einmütig zu der Ansicht, daß die Regierung vorläufig in der vorliegenden Form unannehmbar sei. Weiter wurde von der Versammlung gegen die häblich vertriebene Meldung über die Streikabstimmung der Eisenbahner Einspruch erhoben. Bei der durch W. T. B. gegebenen Meldung ist für das errechnete Ergebnis der Streikabstimmung die Gesamtzahl aller Eisenbahner aufgerundet. In Wirklichkeit handelt es sich nur um die Abstimmung der rund 285 000 Mitglieder der Reichsgewerkschaft, von denen laut Aufstellung 82 Prozent für den Streik gestimmt haben. Die übrigen Eisenbahner, die an anderen Organisationen angehören, konnten sich an der Abstimmung selbstverständlich nicht beteiligen, so daß ihre Verbände eine Streikabstimmung gar nicht vorgenommen haben.

### Die Berliner Finanzminister-Konferenz.

Berlin, 12. Jan. Zu der heutigen Berliner Konferenz der Finanzminister der Länder wird berichtet: Die deutsche Verbreitung der Finanzminister der Länder mit dem Reichsfinanzminister hat den Zweck, zu prüfen, auf welche Weise die Einzelstaaten die Deduktion für Wehranlagen der Beamtenaboldnung, die sich aus der Erhöhung des Bewertungsaufschlages ergibt, beidermaßen können. Die Länder sind in der Erhöhung neuer Einnahmen, d. h. neuer Steuerquellen, noch weitous mehr bedrängt, als das Reich. Neue Steuern sind aber die einzige Möglichkeit zur Deckung der Wehranlagen.

Die „Voss. Zeit.“ bemerkt: Es sind sehr ernste Sorgen, die die Finanzminister der Länder in Berlin zusammenführen, und es wird an Versuchen nicht fehlen, einen großen Teil dieser Sorgen auf das Reich abzuwälzen, daß deren auch schon genug hat.

Berlin, 12. Jan. Nach Abschluß der Berliner Konferenz werden die einzelstaatlichen Finanzminister in einer neuen Sonderkonferenz die in Bamberg aufgenommenen Beratungen des Landessteuergerichtes fortsetzen.

### Ämtertritt der mecklenburgischen Regierung.

Schwerin, 12. Jan. Anfolge des gestern im mecklenburgischen Landtag zum Ausdruck gebrachten Misstrauensvotums der linken Mehrheit überreichte heute das gemeinsame Staatsministerium dem Hause seine Rücktrittserklärung. Ministerpräsident Dr. Heinde-Bloch betonte dabei ausdrücklich, daß das Ministerium das Verhalten des Justizministers billigen müsse.

Schwerin, 12. Jan. Der Landtag verlagte sich auf Freitag nochmals. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Ministerpräsidenten. (W. T. B.)

### Das Maß ist voll.

Die 450 Noten, welche die deutsche Regierung seit dem Abschluß des Waffenstillstandes an die Entente hat richten müssen, um gegen Willkür und Rechtsverstöße aller Art Einspruch zu erheben, sind um eine weitere vermehrt worden, und diese ist ein ganz besonderes kraftwirkendes,flammendes Dokument von unserer Seiten Schande, die es ausläßt, daß von Seiten des Krieges der Siegermächte des Versailler Friedens, die angeblich für Recht und Gerechtigkeit in allen internationalen Beziehungen, für Freiheit und Selbstbestimmung der schwachen und unterdrückten Völker in die Schranken treten, direkt räuberische Zustände im Oberschlesien geduldet werden. Den Polen gefällig zu sein und einen freien, unbehinderten Ausdruck der wahren Willensmeinung der Bevölkerung zu hintertreten. Wir sind ja auf dem Gebiete der Vergleichungen aller Art von Seiten der Entente und ihrer gleichmäßigen Freunde schon an allerlei gewöhnt worden, was wir einigermaßen normale Rechtsbegrisse gen Himmel schreien. Was in Copen-Holmen im kleinen geschehen ist, zeigt ein Spiegelbild des ganzen Verfahrens der Entente im großen, und die bisher erreichte Gesamtzahl der deutschen Noten ist an und für sich Beweis genug für die moralische Qualität der Sieger, mit denen wir uns trostlos verfeindet in einem fortgesetzten Neidungsverhältnis, in einem Friedenskrieg befinden. Unsere Nerven sind auf Grund alles dessen, was bislang schon erlebt und erfahren, erduldet und hinnehmen haben, nicht mehr allzu empfindlich gegen Übelgriffe der Machthaber des Versailler Pakts, aber was jetzt in der deutschen Note über die heilige, tolle, verbrecherische Wirtschaft in Oberschlesien enthalten wird, das übertrifft denn doch alle Begriffe und peitscht jedem Deutschen, der überhaupt noch das geringste Gefühl für nationale Würde und Ehre, für die Heiligkeit seierlich übernommener Verpflichtungen, für Recht und Gesetz besitzt, das Blut auf vor Empörung und erzeugt eine seelische Verfassung, die man nur als das Antreten des ganzen inneren Menschen bezeichnen kann. Die zuchtlosen Raub- und Räuberbanden, die in Oberschlesien so gut wie ungestraft ihr Unwesen treiben, hausen wie die Raubtiere gegen alles, was deutscher Geist und verdächtig ist, und Leben und Eigentum aller derer, die sich nicht bedingungslos unter das Joch des politischen Terrors beugen, gelten keinen Pfifferling mehr.

Was sind gegen diese polnischen Räuberbanden die Prügelaarden, die in Kärnten die Abstimmung zugunsten der Südballen zu beeinflussen versuchten? Soviel bekannt, ist von den Kärntner Prügelaarden damals nur ein einziger Mord verübt worden, während sie sich sonst auf die Täglichkeit beschränkten, die ihr Name andeutet. Auch diese Art von Terror war schon höchst genug und warf ein bezeichnendes Licht auf die von der Entente bestimmten Wohler der öffentlichen Ordnung, die solche Gewalttaten duldeten. In Oberschlesien aber ist der politische Mord, dessen Verübiger zugleich das Räuberbandenwerk betrieben an der Tagesordnung. Die deutsche Note stellt: „Politische Morde und brutale Morde haben eine Verbreitung gefunden, wie sie wohl einzige in der Geschichte der zivilisierten Völker dasteht. Nach einer Statistik haben die gemeinen Verbrechen im Bereich der Polizeidirektion Katowitz seit Eintreffen der Interallierten Kommission außerordentlich zugenommen. Die Anzahl der Morde ist um rund 20 Prozent gestiegen.“ Eine seitdem niedrigere Anklage gegen die „Kulturrelle“ Wirksamkeit der Entente ist nicht denkbar, als sie hier in kurzen, knappen Worten durch die Meldung von Zahlen erhoben wird, die eine Sprache von überwältigender Wucht reden. Vor allem der befürdete Umstand ist vornehmlich für die Entente, daß die unglaubliche Annahme der Verbreden gerade seit dem Eintreffen der Interalliierten Kommission stattgefunden hat. Diese Kommission mußte ihre Fähigkeiten zur Erfüllung der ihr obliegenden Pflicht für die Ruhe und Ordnung im Abstimmungsgebiete zu sorgen, nicht besser zu erweitern als dadurch, daß sie in erster Linie das tat, was diesem Zweck am abträglichsten war, indem sie die ausgesuchte deutsche Polizei aufstellte und an ihre Stelle unsichere Kantonalisten setzte, die, wie die deutsche Note ausdrücklich erklärt, in keiner Weise für ihre Aufgabe taten. Darf man sich dann unter solchen Umständen wundern, wenn auf deutscher Seite auch der letzte Rest von Vertrauen zu dem guten Willen des französischen Oberkommissars General Peron verloren geht und man die Franzosen direkt des Einverständnisses mit den polnischen Terroristen bezichtigt? Und kann die deutsche Bevölkerung außerhalb Oberschlesiens, die das ganze verbrecherische Treiben so klar und unverdeckt in allen Einzelheiten durch die deutsche Note enthüllt sieht, auch nur den geringsten Schimmer von Hoffnung beginnen, daß der am Schlus der Note ausgesprochene Appell an das Verantwortungsbewußtsein der alliierten Regierungen irgendwelchen Erfolg haben werde? Nein und dreimal nein! Recht und Gerechtigkeit, Vertragsstreit und kulturelles Gewissen dürfen wir nicht mehr von Elementen erwarten, die mit solcher brutalen, unverhüllten Deutlichkeit ihre Entschlossenheit befunden, allen rechtlichen und moralischen Begriffen höhn zu sprechen, so bald es sich darum handelt, dem verhexten Deutschland einen

Sieg zu verleben. Was hilft es, daß hier und da im gegnerischen Lager vereinzelt Stimmen laufen werden, die sich für das gute Ende Deutschlands aussprechen und es geradezu für ein kulturelles Unglück erklären, daß Überlebenden von seinem Stammland abgetrennt würden? Solche platonischen Rundredungen bringen und um keinen Schritt weiter und sind praktisch ganz wertlos, solange die amtliche Politik der Alliierten sich von ihnen nicht beeinflussen läßt, sondern unbedingt weiter der Parole folgt, daß Deutschland gegenüber alles erlaubt ist, was das deutsche Verbündeterecht schreibt.

Es ist aber noch nicht aller Tage Abend, und so dürfen wir hoffen, daß die Polen und ihre alliierten Söldnerhelden selbst in die Gräbe fallen werden, die sie und begraben haben. Auch die politische Bevölkerung Oberschlesiens, die sogenannten Wallerpolaken, müssen doch nur erkennen, was sie an Stelle der geordneten deutschen Rückende von der polnischen Herrschaft zu erwarten haben. Die schlechten Polen wurden bisher von den Kongresspolen stets als Staatsmänner geworben, welche Grade sie auch habe, und zwar kann man sie zu unterscheiden. Diese Kreise dürfen noch ihrer ganzen Menschenheit und keltischen Veranlagung durchaus nicht ohne weiteres als Feinde des Deutschen bewertet werden, vielmehr wird ein gesichtete Behandlung durch die deutsche Nation gerade unter dem Eindruck der polnischen Gewaltstaten hier voraussichtlich günstige Erfolge für die deutsche Sache erzielen können. Doch muß natürlich gehandelt werden, da die Abstimmung nicht mehr lange auf sich warten lassen wird und es kommt für das Deutsche gilt, noch im letzten Augenblick alle Chancen auszunutzen. Die deutsche Werbearbeit liegt — daß muß zur Vermeidung von Misshissen und Irrtümern besonders hervorgehoben werden — in den Händen des Verbandses beinahe der Oberbefehlster, der rein und unverfälscht denkt, während die Vereinigung in einem beinahe der Oberbefehlster und der Bund der Oberbefehlster tragen ihrer tausenden Namen im polnischen Solde stehen. Wieviel die polnischen Organisationen mittelebar oder unmittelbar mit den verbrecherischen Banden zusammenhängen, läßt sich von hier aus nicht beurteilen. Soviel ist aber klar, daß die bekannte deutsche Aspiration in der Gestalt ihre haushaltliche Stütze findet. Dazu kommt noch der weitere Umstand, daß die Meldungen über polnische Truppenbewegungen nach der deutsch-polnischen Grenze offenbar einen tatsächlichen Hintergrund haben. Durch diese militärischen Grenzmaßnahmen wird der dringende Verband erweckt, daß dazu dienen sollen, die in Oberschlesien türkten geheimen polnischen Kommandoaktionen zu unterdrücken, deren Gliederung und Wirklichkeit in der deutschen Denkschrift über den oberschlesischen Aufstand im Herbst 1920 gründlich beleuchtet wurde. Auf die Entsendung zur Abwehr dieser Gefahr hat kein Verlust, da in der Hauptstadt nur 10.000 französische Truppen in Betracht kommen, die keinem Polen im Ernstfalle ein Haar kraus machen würden; auf die 300.000 Italiener kann wegen ihrer geringen Zahl ebenfalls nicht gerechnet werden. Die deutsche Regierung hat den bedrohlichen Charakter der Sache auch in diesem Punkte richtig und rechtzeitig erkannt und in London, Paris und Rom wegen den militärischen Maßnahmen Polens nachdrückliche Vorstellungen erhoben; desgleichen ist die polnische Regierung auf die Gefahren hingewiesen worden, die sich aus der vom ihr geschaffenen militärischen Lage ergeben könnten.

So stehen die Dinge in Oberschlesien auf dem Messers Schneide, und das dortige Deutschland, das den Kampf um sein Heimatrecht mit zäher Energie führt, ist wie ein Deutscher in der Bindung. Ganz Deutschland vertraut voll trocken Schleim, Wesprennen und Schütteln, die wilden Wogen freudiger Vaterländerkeit brechen und wirkungslos im Glücht verhindert werden. Oberschlesien, die Lebensader Deutschlands, muß beim Weiche bleiben! Auch für Sachsen ist der Ausgang der Abstimmung von höchster Bedeutung, weil der fachliche eigene Nobelpreis bald erzielt sein wird, während der Nobelpreis Oberschlesiens noch für Jahrhunderte aussteht. Die fachliche Industrie würde daher unermäßlichen Schaden erleiden, wenn Oberschlesien in polnischer Hand geriete und Polen seine industriellen Kräfte zur Entfaltung brächte. Jetzt, wo die Entscheidung vor der Tür steht, schlägt jedes deutsche Herz in banger Erwartung den kommenden Dienst entgegen, und wie von einem Alp befreit, im Gefühl einer unermäßlichen Erfahrung und Erfahrung wird ganz Deutschland ausatmen, wenn erst der Ruf ins Land geht: „Oberschlesien bleibt unser!“ Der Reichsregierung aber steht die Pleite ob, schon jetzt mit aller Schärfe und Weltwirtschaft zu erläutern, daß sie ein durch Terror oder trennende Abstimmung erzwungenes, für uns ungünstiges Ergebnis nie und nimmer anerkennt werden wird.

### Polnische Tendenzlinien.

Genf, 12. Jan. In einem Telegramm des Krakauer Korrespondenten des „Petit Parisien“ wird die tolle Behauptung aufgestellt, auf deutscher Seite sei beschlossen worden, Korfant zu aus dem Wege zu schaffen. Auf seinen Kopf sei ein Preis von einer Million Mark ausgesetzt worden. Die deutschen Zeitungen hätten das Bild Korfants veröffentlicht, um die Durchführung dieses Planes zu erleichtern. Merkwürdigweise bringt Merkantia „Petit Parisien“ selber das Bild Korfants. Das Blatt benutzt die Behauptung dazu, um eine Verstärkung der alliierten Truppen für Oberschlesien zu fordern.

Eine solche Behauptung wird auch von deutscher Seite, natürlich aus anderen Gründen, verneint. Am übrigen ist uns Korfantus edles Haar wahrlich keine Million wert. Sein Wirken in Oberschlesien kann der Bevölkerung über die polnischen Charaktereigenschaften nur die Augen öffnen und sie zur Stimmberechtigung gegen Polen veranlassen. Selbstredend werden Tendenzlinien, wie die obige, stets von Korfantus selbst in die Welt gelegt.

### Auch eine polnische Note.

„Saxon“ Druckbericht der „Dresden Nachrichten“. Genf, 12. Jan. Der „Tempo“ meldet den Eingang einer polnischen Note über schwere Ansiedlungen der Deutschen in Oberschlesien.

Die polnische Abicht, ein Gegengewicht zu den schwerwiegenden deutschen Anslagen über die Zustände in Oberschlesien zu schaffen, ist klar. Die Begründung dürfte den Polen jedoch sehr große Schwierigkeiten bereitet haben.

### Eine Drohung gegen Korfantus.

Breslau, 12. Jan. Ein Hauptarbeiter im Lubinib-Hotel in Beuthen, der Kassierer des polnischen Viehmarktkommissariats Wolff, der unter Mitnahme von 400.000 Mark verschwunden ist, hat, wie der „Sonntags-Adler“ mitteilt, von Büttner und am Korfantus folgenden Brief geschrieben: Sie wollten mich zum Tode mahnen. Ich bin zum Tode geworden. Ich gebe Ihnen meine Adreß an, aber ich rate Ihnen, mich nicht verfolgen zu lassen, da ich imstande bin, zu erwirken, daß Sie binnen einigen Tagen aus Oberschlesien verschwinden müßten.

### Oesterreichische Wünsche für Oberschlesien.

Berlin, 12. Jan. Dem Reichspräsidenten ist folgendes Telegramm aus Linz angegangen: Zahlreiche Deutscher und Oesterreicher sind vereinigt, sich zu einer Sammelsitzung einzugeben für die beim attreuen Oberschlesier, verurteilten auf schärfste die unzureichenden Lebhaftigkeit und Gewalttätigkeiten gegen Oberschlesier. Sie erinnerten dem Herrn Reichspräsidenten ihre heischen Wünsche für den deutschen Sieg und fühlten sich eng verbunden in der Übereinstimmung, daß alles aufgeboten werden muß, Oberschlesien zu retten. — Der Reichspräsident sandte folgende Erwidlung: Herzlichen Dank für die freundlichen Empfehlungen für die heimtreuen Oberschlesier. Wir werden nicht nachlassen im Kampf um deutschen Boden.

## Gegenseite zwischen Preußen und dem Reich.

(Drucksellung unter Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 12. Jan. Im Hauptratschluß des Reichstages präsident Braun ihm auf seine Richtigkeit hin geprüft hat. Meine Aussage halte ich aufrecht. Es ist mein Recht, in Volksversammlungen zu derartigen Angelegenheiten Stellung zu nehmen. Welcher bestone er, er ist aber bereit, mit Ministerpräsident Braun einen Pakt zu schließen, daß beide Befreiungen der gegenwärtigen kritischen Reichs- und der preußischen Fragen in Volksversammlungen vermeiden wollen. Er glaubt, Braun werde dabei nicht gut abschließen.

Alo. Bauer (Sos.) bedauert, daß es im Hauptratschluß zu dieser Debatte gekommen sei. Das sei aber Goldes des Reichsminkirs Koch, der genau auf die Anfrage des Alo. Dr. Rosenfeld höchstlich antwortete, anhaltet sich auf den Standpunkt zu stellen, daß er es ablehnen müsse, über Wahlkampf, die er im Laufe habe. Reichs-

Kampf in Bewegung leben müsse.

Dann wandte sich der Ausschuß der Befreiung des Staates des Reichsministeriums des Janzen zu.

Zum Titel über das

### Germanische Museum in Nürnberg.

äußerte sich Staatssekretär Dr. Wessal: Das Reich trifft nur den Hauptteil der verbliebenen und ländlichen Verwaltungsfesten. Die Neuanschaffungen für die Sammlungen werden aus Stiftungsbildern und freiwilligen Beiträgen bezahlt. Es wäre dringlich erwünscht, wenn die kürzlichen Familien, Vereine und Verbände, die genötigt seien, Werke der deutschen Kunst zu veräußern, sich nicht an die Kunsthändler, sondern zunächst an das Germanische Museum wenden würden. Nach lebhafter Debatte wurde der Beitrag für das Museum in Höhe von 1200.000 Mark angenommen. Außerdem bewilligte der Hauptratschluß die Kosten für die weitere Bearbeitung und Herausgabe des „Monumenta Germaniae Historica“ für das Römisch-Germanische Museum in Mainz und für die Akademie der Naturforscher. — Beim Titel: Internationale Erdmessung und Erdbebenforschung erklärte Staatssekretär Wessal das internationale Gewichtsbureau für eine der wichtigsten Institutionen, die aufrechterhalten bleiben müsse. Prof. Förster wurde zur Teilnahme an einer Sitzung in Paris aufgefordert. Trotzdem kam diese Sitzung nicht auf, weil sich ein Teil der früheren Freunde weigerte, mit Deutschland zusammen eine Sitzung zu veranstalten. (1) Dr. Braun-Franken (Sos.) wandte sich gegen die Ausführungen, die sich auf die deutsche Mauer austürmten. Zum Gegenlos zu den deutschen Erhöhungswirkungen wirkte die französische Propaganda in Auslande intensiv und erfolgreich.

Bei den Ausgaben betreibend Mahnregeln gegen die Kinderpeke erklärte ein Ministerialdirektor, man hätte dann der ergriffenen Maßregeln hoffen, ebenso wie im Westen, so auch im Osten die Gefahr bauen zu können. — Schließlich entspann sich eine lebhafte Debatte über die Notwendigkeit der

### Erhaltung der Deutschen Bücherei in Leipzig.

Gegenüber den Einwendungen der Abgeordneten Schröder (F.) und Wirsing (S.) stellte Alo. v. Delbrück (D. R.) fest, daß die Deutsche Bücherei in einzelnen Bibliotheken wertvolle Dienste durch Bereithaltung des Materialleiste und die Literatur des Auslandes befrachten hoffe. Der Beitrag für die Bücherei wurde in Höhe von 12 Millionen Mark bewilligt.

Berlin, 12. Jan. Bei dem Brief aus dem Reichsarbeitsministerium, von dem Minister Braun im Hauptratschluß des Reichstages gesprochen hat, handelt es sich, dem Anhänger nach, um einen Brief, den der ausländische Referent im Reichsarbeitsministerium, Geheimrat Ponstiel, geschrieben hat. Die Art, in der sich Herr Braun über seine Kenntnis von diesem Brief aufgebrückt hat, hat im Hauptratschluß den Eindruck hervorgerufen, daß diese Kenntnis auf einem Wege erlangt sei, den man lieber nicht öffentlich macht.

### Österreichs Finanznot.

Wien, 12. Jan. (Eig. Meld.) Die Regierung will bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika, insbesondere bei dem Präsidenten Harding, Schritte unternehmen, dadurch eine finanzielle Hilfe zu gewinnen, um eine Katastrophe in Österreich und das Interesse für rasche Hilfe zu wedeln zu lassen. Zu diesem Zweck wird der österreichische Finanzminister Redlich nach Amerika entsendet, der die amerikanischen Politiker über Österreich und dessen wirtschaftlichen Noten informieren wird.

Wien, 12. Jan. (Eig. Meld.) Die 41 Millionen Kronen Mehrbelastung des Budgets, welche durch Bevölkerung der Forderungen der Staats- und Staatsdienstbeamten beobachtet wurden, soll gedeckt werden durch Erhöhung des Tabak- und Salzpreises sowie der Eisenbahntarife um 100 Prozent.

### Griechische Erfolge gegen die Kemalisten.

Athen, 12. Jan. Der Bericht des Generalstabes vom 10. d. M. lautet: Im Abstand von Ingolstadt kämpfte die griechische Streitmacht östlich von Ingolstadt gegen die kemalistischen Truppen, die unter dem Kommandanten eines Major und drei anderen Offiziere, erbeuteten drei Kanonen eine Anzahl Tropfere und viel Kriegsgut. Am Nachmittag erschafften unsere Truppen schwere Anzahlungen in den Stellungen von Banas und Schiefe.

Der Bericht vom 11. d. M. lautet: Im Verlauf ihres Bemühens rückten unsere Truppen auf den Höhen von Bagardali mit dem Feinde zusammen, der sich in Unordnung auf Ingolstadt zurückzog und seine Waffen von sich warf. Wir machten 100 Gefangene, erbeuteten schwere Geschütze und besetzten den Bahnhof Karabli an der Bosporusbahn.

### Ein neuer Sinnfeineranschlag.

London, 12. Jan. Der Polizei gelang es, eine massive Verschwörung aufzudecken. Die Sinnfeiner bewaffneten Streitkräfte östlich von Ingolstadt griffen unsere Streitkräfte östlich von Ingolstadt an, die zerstreut und bis jetzt nicht verfolgt wurden. Wir machten 50 Gefangene, darunter einen Major und drei andere Offiziere, erbeuteten drei Kanonen eine Anzahl Tropfere und viel Kriegsgut. Am Nachmittag erschafften unsere Truppen schwere Anzahlungen in den Stellungen von Banas und Schiefe.

### Abreise Krassis aus London.

London, 12. Jan. Krassis ist gestern um 2 Uhr abgereist. Der Vertrag war am Montag gemeinsam mit Sir Roger Horne revidiert worden. Krassis reist über Ostende, Berlin und Stockholm. Er erklärt, es sei absolut ungewiß, ob er wieder auf seinen Posten zurückkehren werde.

### Die französischen Milchforderungen.

Berlin, 12. Jan. Das französische Departement der Nahrungs- und Weinbaukommission hat bei dem Vertreter des Reichsministeriums in Koblenz die Erteilung der Einfuhrerlaubnis für täglich je 500 Liter Milch für die französischen Bivalisen in Mainz und Wiesbaden nachgefragt. (W. L. B.)

### Das erste deutsche Segelschiff in Marseille.

Marseille, 12. Jan. Hier traf gestern der deutsche Segler „Passat“ aus Hamburg ein, der eine Ladung Salpeter auf Brüte bringt. Dies ist der erste deutsche Segler, der seit August 1914 ankäuft. (W. L. B.)

## Der Deutschnationale Handlungsgesellen-Verband zur Kohlensozialisierung.

Berlin, 12. Jan. Ausschussrat und Gesamtvorwaltung des Deutschnationalen Handlungsgesellenverbandes veröffentlichen folgende Befürde zur Kohlensozialisierung: Die nur auf kapitalistische Erfolge eingestellte Wirtschaft des 19. Jahrhunderts hat die ungeheure soziale Schädigung auf sich geladen, zwei Millionen Arbeitnehmern die innere Verbindung vom Sinn und Ziel ihrer Arbeit zu nehmen. Die menschliche Arbeitskraft ist dadurch zur Ware herabgedrückt und die Arbeit von Menschen ihres stützlichen Anhalts beraubt worden. Über die innre Dure des dadurch in seiner Werksamkeit entstehenden Volkes können weder die wirtschaftliche Entwicklung vernachbarbare noch die Verluste einer sozialen Gesellschaft hinwegdenken. Der Deutschnationale Handlungsgesellenverband steht in dementsprechender kapitalistischer Wirtschaft die Gefahr eines vollen Unterganges völkischen Eigentums.

Die in letzter Zeit bekannt gewordenen Sozialisierungswirkungen eine bessere Wirtschaftsform ausdrücken, indem sie in der Erfahrung bestätigte Wirkung ein gesamtbetriebsaufsichtlicher Ratsversammlung. Sie würden die Gewerkschaften föderativen Einflusses entschärfen. Unter Amt des Autonomieausschusses unseres Volkes zu einer in Arbeit und Leben über alle Kreise und Stände hinweg taktisch verbundenen Volkssolidarität, die ihren tiefsten Gehalt aus den ursprünglichen Kräften des Volksstums und einer fröhlichen deutschen Kultur empfängt. Gelehrte und Politik haben die Pflicht, die Entwicklung unseres Volkes zu diesem Ende zu fördern. Die aufseit im Vordergrund stehende Neugestaltung der Kohlenwirtschaft ist zweckmäßig dieser Gesamtlosung nur ein Auschnitt der großen Aufgaben. Wir wollen, dass die Schule des Bodens allen seinen Ländern und Stämmen gleichmäig anstecke kommen.

Wir verlangen deshalb, dass auch den sozialen Armen Beziehen unseres Vaterlandes, der auf sie entfallende Anteil rechtlich gesichert und die bisherige Monopolstellung der Kohlenbergmänner gebrochen werde. Für die Arbeitnehmerkraft erstreben wir ein organisches Einmaischen in den Nutzen der Unternehmungen auf der Grundlage völkiger Gleichberechtigung mit den übrigen Kapitalträgern. Neben das reine Geldmittel hat aus das Kapital der lebendig schaffenden Menschen zu treten. Ein härterer Verbundensein mit der Arbeit, neubeliebte Schaffensfreude und geistige Produktionsergebnisse werden die Folge sein. Um die Beteiligung von Angestellten und Arbeitern am Kapital der Unternehmungen zu erreichen, fordern wir die gesetzliche Befreiung der Unternehmer, ihre Angestellten und Arbeiter, sowie deren Gewerkschaften bei Gewinnauszahlungen. Kapitalerhöhungen und Neuauflagen in den Beträgen von Geschäftsanträgen zu setzen. Die Herabsetzung des geforderten Mindestbetrages für Aktien und andere Geschäftsanteile auf 100 Mark ist nötig.

Daraus darf aber nicht eine mechanische Nachahmung des englischen und des amerikanischen Kleinunternehmens mit seiner Förderung der Spekulationswut in den breitesten Volkskreisen werden. Die Verwaltung des mit besonderen, kleinen lokalen Mitteln angepackten Vorrechten ausgestatteten Arbeitnehmerkapitals ist in die Hand der Gewerkschaften und von diesen zu gründenden Treuhänderorganisationen zu legen. Wir fordern die Umgestaltung des deutsgesellschaftlichen Rechtes, besonders betr. die Zusammenfassung und Bildung von Generalversammlung und Aufsichtsrat, damit dem Arbeitnehmerkapital und seiner gesellschaftlichen Vertretung ausreichender Einfluss sichergestellt werde. Den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften erwünscht aus einer solchen Gestaltung der Wirtschaft eine gewaltige Verantwortung. Der Deutschnationale Handlungsgesellenverband ist sich bewusst, dass die gesamte Arbeitnehmerkraft zur Bewältigung dieser Aufgabe fähig ist. Er wird daher seine Mitglieder für diese Aufgabe freihalten und das für die im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten sozialnationalen Angestellten, Arbeiter- und Beamtengewerkschaften zu gründenden Gewerkschaftsamt mit allen Kräften fördern. (W. L. B.)

### Eine Süddeutsche Wirtschafts- und Verkehrsgruppe.

München, 12. Jan. Im bairischen Staatshaushaltshaussitz teilte der Vorsitzende der demokratischen Landtagsfraktion Dr. Ditt mit, dass Württemberg, Baden und Hessen-Kassel auf dem Wege seien, eine gemeinsame Wirtschafts- und Verkehrsgruppe zu bilden. Dr. Ditt, der gerade von einer Vortragsreise durch Württemberg und Baden zurückgekehrt war, empfahl den bairischen Wirtschaftspolitikern, diese wirtschaftspolitischen Zusammenschluss ganz Süddeutschlands nicht außer Acht zu lassen.

## Kunst und Wissenschaft.

† Dresden Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: "Der Freischütz" (7); Schauspielhaus: Böllvorstellung; Albert-Theater: "Und Pippipalms" (14); Residenz-Theater: "Die Reise ins Märchenland" (8); "Vocaceco" (7); Central-Theater: "Die blonde Magazin" (7).

† In dem vierter Großen Philharmonischen Konzert nächsten Dienstag (18.) wird solistisch mit Sigrid Onegin Leitung: Edwin Münzer. Programm: Bach-Motetten; Alt-Motette mit Männerchor und Orchester von Brahms; Mozart: Sinfonie G-Moll, zwei Sinfonien von Schubert mit Orchester (Die Altmacht, Der Unschuld). Wagner: Ouvertüre Tannhäuser. Karneval bei Rossini.

† Uraufführung in Hannover. Man hofft und aus Hannover: Im bislegten Residenz-Theater hatte die Komödie "Die Knallsfette" nach dem Schwedischen des Agot Sandberg von Richard-Wilde einen vergleichlichen Erfolg. Das Stück ist eine überaus unterhaltsame, lebenswürdige Arbeit, die die Wiederverführung eines einst durch Eigentum getrennten Ehepaars zum Thema hat. Diese Verführung wird durch eine Reihe abschöpfend berücksichtigter "Süffale" erreicht. Eine gute Darstellung scherte dem Werk die wohlverdiente günstige Aufnahme.

† Kleine Musiknachrichten. Kammer-sänger Thedor Seittermann, der zurzeit in Madrid im Teatro Real singt, hat eine Söhne Rudolf Dürrkopfs, des Klimmeisters der deutschen Hochschule, fertiggestellt. — Giacomo Puccini hat eine Oper "Turandot" begonnen, den Text nach Gozzi haben. Renato Simoni und Giuseppe Ardanni verfasst. — Marcella Sembrati bereitet sich für eine Europa-Tournee vor. — Die nachgelassene Oper "Edipo Re" von Leoncavallo wurde von der Chicago Opera Association zur Uraufführung erworben. — Siegmar Berliner befindet sich zurzeit auf dem Wege nach Amerika. Er soll dort an verschiedenen Stellen deutsche Oper dirigieren. — Richard Specht, der Wiener Musikkritiker, hat sich, nachdem seine Ehe mit Vera Schäfer geschieden worden ist, mit Maria Holzhauer vermählt. — Arnold Schönberg ist für 1921 nach Amerika verpflichtet worden.

† Zur Frage des "Rector magnificus" in Jena wird gemeldet: Das weimarerische Kultusministerium und die bei der Erhaltung der Universität Jena beteiligten Regierungen haben versucht, dass die Stellung des Rector magnificus und der Name des früheren Inhabers in allen Veröffentlichungen der Universität künftig weglassen ist. Als Rector magnificus fungierte 1848 zur Revolution bekannte der jeweilige Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach Geheimer Hof-

## Östliches und Sächsisches.

### Die Auslandsreisen des Wirtschaftsministers Schwarz.

In einer Unterredung erklärte Wirtschaftsminister Schwarz einem Dresdner Journalisten folgendes: Ich war im Oktober vorher schon in Holland und Belgien, um dort Parteireunde, die in der dortigen Regierung sitzen, auf die große Arbeitslosigkeit in Sachsen und ihre Folgen, auf Bolschewismus oder Reaction — aufmerksam zu machen. Ich habe meine Parteireunde darauf hingewiesen, dass die Arbeitslosigkeit behebe, nach Sachsen Aufträge zu erzielen, vor allem auf Grund der Wiederaufmachung. Hierbei dürfe Sachsen auf keinen Fall unberücksichtigt bleiben. Meine Absicht ist nicht gewesen, direkt Aufträge zu erlangen oder zu vermitteln, sondern nur, die Parteireunde im Ausland für die Notlage in Sachsen zu interessieren, weil der Chauvinismus auch bei der ausländischen Arbeiterschaft blüht. Man hat für meine Parteirechte mit den Belätern zusammenbringen sollen. Von all diesen Schriften war die Reichsregierung sehr erfreut. Sie hat keine Einwendungen dagegen erhoben. Meine ganze Aufgabe bestand also darin, die Verbindung herzustellen. Ich habe nichts eingespart, auch keine Bedenkmittel. Das belogen alle die Freunde im Ministerium.

Nunzt nicht in Brüssel Verhandlungen statt, an denen der Gesellschafter der südländischen Landesbauforschungsanstalt teilnimmt. Dadurch sind die Handelskammern und die ganze südländische Industrie ebenfalls beteiligt. Ferner sind in Brüssel Kommissionsrat Mausbach, Regierungsrat Dr. Höhne und Ministerialrat Dr. Gradauer. Letztere Kreise sind zunächst nicht beteiligt. Der südländische Industrie wird von diesen Verhandlungen und ihrem Ergebnis Kenntnis gegeben und weiter gearbeitet werden. Die Anschauung, ich hätte persönlich Geschäfte abgeschlossen, ist ganz irrtümlich. Auf mich wird durch die vorstehenden Mitteilungen das Gericht widerlegt, dass die Industrie auf die Verhandlungen ohne Einfluss sei. Die südländische Landesbauforschungsanstalt ist das Sprachrohr der gesamten südländischen Industrie. Ihre Ausbildung ist nie auch nur beachtet gewesen. Hätte ich mich mit allen in Frage kommenden Industrieverbänden in Verbindung setzen wollen, dann wäre nichts herausgekommen, weil dann Dutzende von Personen und einander überstreichenden Interessengruppen an den Verhandlungen hätten teilnehmen wollen. Es ist euknöpft, mich anzublicken im Namen von Industriellen, anzuatreffen, während doch bis jetzt noch nicht eine einzige Anfrage wegen meiner Tätigkeit bei der Regierung eingegangen ist und das Wirtschaftsministerium sich mit allen Interessengruppen durch die Vermittlungskasse verbindet hat. Da ich selbst weder meiner Krankheit nicht nach Brüssel fahren kann, stellt Dr. Gradauer, der durch seine Vertrautheit mit den belästigten und belästigten Persönlichkeiten und Verhältnissen sehr geeignet dazu ist, an meiner Stelle die Verbindung her.

### General Maercker am Vortragspult.

In der Reihe der dieswinterlichen Vortragssitzungen des Vereins für Baukunst und Bauwissenschaft war der am Dienstag in der Kunstgewerbe-Akademie abgehaltene einer der bedeutendsten. Vor einer den Saal bis auf den letzten Platz füllenden Zuhörerschaft sprach Generalmajor a. D. Maercker über das Thema: "Die Eingeborenen Deutsch-Südwälfrikas und ihr Verhältnis zu den deutschen Schuhherren". Wohl kaum ein Berufsteller vermochte diesen Vortragstoff so gründlich und so aus eigenen persönlichen Beobachtungen und Erfahrungen heraus zu behandeln, wie diese markante Persönlichkeit. Die in ihrer Art schlichten und überzeugenden Darstellungen führten über den außergewöhnlich laufenden Schmachtfrieden klar vor Augen, welche Werte wir durch den Schmachtfrieden von Versailles in unseren Kolonien, erungen in sozialer, deutscher, zielbewusster Arbeit, verloren und welchen Verlust gerade Deutsch-Südwälfrika bedeutet.

Der Redner begann mit einer ausführlichen geschilderten Darstellung des Landes und seiner Entwickelung von Süden her durch die Holländer und Schiederte dann der Reihe nach die einzelnen Ullerstämmen unter Hervorhebung ihrer herkömmlichen Merkmale, Bilder zeichneten vom Leben der Hottentotten, der Bushmen, der Berg-Damara, der Ovambos, Hereros und Afrikaner, um schließlich an die Kampfe zwischen diesen einzelnen Stämmen einzugehen. Auf sein eigenständiges Thema aufmerksam, gedachte der Vortragende zunächst der unzähligen schwierigen, aber doch gegenwärtigen Missionararbeit und deren rafflosen Mühen, um Nahrungslende in der Kultur rückständige Menschen in die Mysterien des Christentums einzuführen. Von besonderem Interesse waren dann die Ausführungen, die sich auf die Zeit von 1884 an erstreckten, in welchem Jahre das Herero-land bekanntlich an die Initiative Bismarcks unter deutschem Schutz gestellt wurde. Da eine Umgestaltung der Verhältnisse dort nicht ohne Kämpfe sich vollziehen konnte, war es erforderlich, und in knappen Brocken gerade Deutsch-Südwälfrika bedeutet.

Der Vortragende zitierte die Befreiung der Hottentotten, dass die Hottentoten verächtlich werden und das daraus gewonnene Malz den Berliner Brauereien zugetragen wird. Handelt es sich dabei um Weizen, der für die menschliche Ernährung nicht mehr geeignet ist? Wenn letzteres nicht der Fall ist, was bedient die Regierung an uns, um einer solchen unbedeutenden Verwendung des an und für sich so knappen Brockenrodes entgegenzutreten?

— Ausprägung in der Leipziger Metallindustrie. Da noch immer 15 Betriebe der Leipziger Metallindustrie bestreikt werden, weil diese eine Wiedereinstellung aller am Streit beteiligt gewesenen Arbeitnehmern ablehnen, beschloss der Verband der Metallindustrie einstimmig vorläufig 50 Prozent der in den Betrieben beschäftigten arbeitsfähigen erwachsenen Arbeitnehmer, und zwar Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, am Dienstag, den 18. Januar, auszusperren. Von einer sofortigen Gewaltauflösung wurde vorläufig absehen, noch zuerst noch Verhandlungen mit dem Metallarbeiterverbande

wie eine Barriere ihren eigenen Untergang der Schmidt-Gesellschaft vorgezogen. Weitere Schlägereien drohten die Kämpfe gegen die Hottentoten, das Ende Hendrik Witbois und die Erfahrungen mit dem Bastards. Auf die jüngsten Ereignisse zukommend, betonte der Redner, dass die Schlagschäfte nicht auf den Weltkrieg vorbereitet waren und das durch keinen ungünstigen Ausgang das Antreten der Weißen bei den Barbaren einen starken Stoß erhielt, wenn in Südwest Hereros und Hottentoten den Deutschen auch trennen blieben. Man werde sich dort nicht mehr jede Fremdherrschaft gefallen lassen. Deutschlands Rolle als Kolonialstaat könne aber keinesfalls als heilig angesehen werden. Wie ein weiterer Herne durch dunkle Nachblindung nicht erscheine die Tatsache, dass die Bewohner Südwest-Afrikas ein Verlangen nach der Rückkehr der strengen, aber gerechten Deutschenherrschaft fundieren. Kolonialpolitik könnte aber nur von einem in seinem Innern einigen Volks betrieben werden. Mit dem Wunsche, dass dieser einleitende Wille und nicht lange mehr vorbehalten bleibe, schloss General Maercker seinen inhaltreichen Vortrag, den viel prächtige Bildbilder noch einen Aufnahmen des Redners wünschen unterstützten. Die Südderreichsstadt verabschiedete mit klärmischen Beifall, dem der Vorsitzende noch dankende Worte ansprach.

### Gaushall und Wirtschaft.

Die Ausgabe von Kartoffeln auf Vorzugsscheine betrifft eine Maßnahmung in dieser Nummer.

### Veränderte Anmeldung der Landesfestscheine der Stadt Dresden.

Es ist in Aussicht genommen, verschiedene Mehrgeldzettel zusammenzulegen und deren Zahl entsprechend zu vermindern. Bei dieser Gelegenheit soll auch eine Änderung in der Anmeldung der Landesfestscheine durch die Kleinhändler durchgeführt werden. Da ein großer Teil der Kleinhändler, die Landesfestscheine entgegennehmen, schon jetzt Dienstag oder Mittwoch der ersten und dritten Woche jeder Wochenscheintartreihe die Brockenabschüttung beim Mehrgeldzettel einzuziehen hat, soll künftig an diesen Tagen gleichzeitig auch die Anmeldung der Landesfestscheine erfolgen. Dies hat zur Voraussetzung, dass die Verbraucher die Landesfestscheine nicht, wie bisher, am Dienstag, sondern bereits am Montag jeder Woche in den Kleinhändlersgeschäften anmelden. Das weitere Verfahren ist aus der gleichzeitig erscheinenden Maßnahmung vom 10. Januar 1921 erschillig. Die Kleinhändler haben durch diese Einrichtung den Vorteil, dass sie künftig nicht mehr Mehrgeldzettel zu geben haben. Zur Verminderung von Nachmeldungen wird den Kleinhändlern empfohlen, beide Wochenscheine, die der Mehrgeldzettel ausstellt, sofort dem aufzuhängenden Zwischen- oder Großhändler weiterzugeben. Über die veränderte Einteilung der Mehrgeldzettel wird noch besondere Bekanntmachung ergehen.

— Dem Süchoslowakischen Bezirkosul in Chemnitz. Dr. Franz Duschel ist namens des Reiches des Exequatur erhebt worden. Der Amtsbezirk umfasst die kreishauptmannschaftlichen Bezirke Chemnitz und Zwickau.

— Mitteilungen aus der Gesamträtschaft. Zur Beschaffung von Elektrizitätszähler wurden 1.500.000 Mk. zu Kosten des Allgemeinen Fonds der Elektrizitätswerke bewilligt. — Zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit wurde die Einlegung von Gas- und Wasserleitungsröhrchen in eine Anzahl von Straßen auf dem dem Bauverein Gartenheim überlassenen südländischen Gelände genehmigt und 292.400 Mk. für die Gasrohrleitungen und 299.000 Mk. für die Wasserrohrleitungen bewilligt. — Einem Antrage der Stadtverordneten entsprechend, sollen als Erlob für die wegen Unbrauchbarkeit aus dem Verkehr gezogenen 8.152.000 Stück Pfennigscheine nach neuem Muster ausgegeben werden.

— Die deutsch-nationalen Fraktion hat an die Regierung folgende Anträge gerichtet: Als der Regierung bekannt, dass im Austrage der Reichsgesetzstelle in der Waldbauzeit 2.000 täglich 400 Gewerberbeiter vermischt werden und das daraus gewonnene Malz den Berliner Brauereien zugetragen wird? Handelt es sich dabei um Weizen, der für die menschliche Ernährung nicht mehr geeignet ist? Wenn letzteres nicht der Fall ist, was bedient die Regierung an uns, um einer solchen unbedeutenden Verwendung des an und für sich so knappen Brockenrodes entgegenzutreten?

— Ausprägung in der Leipziger Metallindustrie. Da noch immer 15 Betriebe der Leipziger Metallindustrie bestreikt werden, weil diese eine Wiedereinstellung aller am Streit beteiligt gewesenen Arbeitnehmern ablehnen, beschloss der Verband der Metallindustrie einstimmig vorläufig 50 Prozent der in den Betrieben beschäftigten arbeitsfähigen erwachsenen Arbeitnehmer, und zwar Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, am Dienstag, den 18. Januar, auszusperren. Von einer sofortigen Gewaltauflösung wurde vorläufig absehen, noch zuerst noch Verhandlungen mit dem Metallarbeiterverbande

### Neue Gefahren für die deutschen Hochschulen.

Der amtielle studentische Pressedienst der Deutschen Studentenschaft teilt mit: "Nach zuverlässigen meldungen plant der preußische Finanzminister eine Heraushebung der Vorlesungsgebühren an den preußischen Hochschulen von 8 Mk. auf mindestens 25 Mk. für die Hochschulstunde. Schon jetzt besteht bei den hohen Kosten für Lehrmittel, Verpflegung, Unterkunft usw. die starke Gefahr, dass die minderbemittelten Schichten des Volkes, vor allen Dingen der schwierende Mittelstand, ihre Söhne nicht mehr studieren können. Eine derartige Erhöhung der Vorlesungsgebühren würde verhängnisvolle Folgen für die Studentenschaft und letzten Endes auch für die gesamte Wissenschaft nach sich ziehen. Es ist zu erwarten, dass sich Professoren und Studenten, das preußische Kultusministerium und die Landesversammlung gegen die hochschulzerbrechenden Pläne des Finanzministers wenden." Der Kreis Bayern der Deutschen Studentenschaft hat bereits in einer außerordentlichen Kreisversammlung zu der angelegten Stellung genommen und einen Aufruf erlassen, dem wir folgendes entnehmen: "Der Plan des preußischen Finanzministers bedeutet eine Schließung der deutschen Hochschulen für die weitesten Kreise unseres Volkes und die Auslieferung der deutschen Hochschulen an den Kriegsgewinner und Sieger. Das Wort 'Freie Bahn dem Tüchtigen' wird zur bitteren Ironie. Wir fordern alle Studentenschaften im ganzen Reich auf, am 19. Januar große Proteststundengebungen gemeinsam mit ihren Dozenten gegen die ungeheuerlichen Pläne des preußischen Finanzministeriums zu veranstalten."

Auch der Deutsche Hochschulring besitzt sich in einem Aufruf mit der Angelegenheit, dassgleiche der Vorstand des Sonderhauses der Verbands deutscher Sänger und Studenten. Bei den anderen Studentenschaften befindet sich eine ähnliche Stellungnahme bevor. Dabei wird verschiedentlich darauf hingewiesen, dass die Erhöhung der Kollegialgelder auch den Dozenten nicht ansteht kommt. Das ist durchaus richtig. Insbesondere würden darunter die allgemeinen Bildungsfächer, die Kollegen der Philosophischen Fakultät an der Universität und der Allgemeinen Abteilung an der Technischen Hochschule sehr leiden. Auch der beglückte Student würde nur eben noch in der Lage sein, die universitären Examenskollegien zu besuchen. Daher damit der Hochschulbetrieb den sein Wesen und seinen höchsten Wert ausmachen kann, ist ebenfalls klar. Die Kollegialfrage rüttelt also wirklich an die Grundfesten der deutschen Hochschule.



# Sächsischer Landtag.

Dresden, den 12. Jan. 1920.

10. Sitzung

Der Minister zu die Tagesordnung wird befasst. Ein Konsens auf Einleitung des Strafverfahrens wegen Belästigung gegen den Abg. Bünker (Unabh.) dem Reichsgericht zu überreichen.

Dann werden von der Regierung zwei "Kurze Anfragen" beantragt.

Gefährdete Urkunden im Hauptstaatsarchiv.

Abg. Hofmann (D.-R.) fragt an, ob der Regierung bekannt sei, daß im Hauptstaatsarchiv wertvolle Urkunden infolge einer eindringlichen Feindseligkeit durch Schwaben der Eisenbahn und Denden schwamm, modern und brüderlich werden, auch die Urkundensiegel sich von den Urkunden loslösen und verbergen. Was bedeutet die Regierung zu verfügen, um diese wertvollen unerlässlichen Staatsdokumente vor weiterem Verbergen zu schützen?

Ministerialdirektor Dr. Schulze antwortet, daß in der Aufbewahrung von Urkunden im Hauptstaatsarchiv Missstände jenseits neueren sind. Die Ränder seien der Regierung bereits vor Jahresfrist bekannt geworden, seien aber nicht bestimmt, als es noch der Autarkie scheinen könnte. Infolge des Kohlenmangels sei es nicht möglich gewesen, die Ränder auszureinden zu beladen. Das habe auf folge gezeigt, daß einzelne Urkunden aus den von Röder zugesetzten. Sie seien herausgenommen, gefüllt und gerodet worden. Auch sei ein Konservaror angefordert worden. Hinsichtlich gelinge es, die gefährdeten Urkunden vor weiterem Schaden zu bewahren.

Auf die Anfrage des Abg. Arzt (Soz.), welche Maßnahmen die Staatsregierung getroffen habe, um die bei der Bereicherung der Staatseisenbahnen in Aussicht gestellte

Schaffung eines Landes-Eisenbahnrates

zu verhindern, antwortet Ministerialdirektor Dr. Alten, daß die Staatsregierung dieses Rades wegen anderer dringender Aufgaben vom Reichsverkehrsministerium noch nicht in Angriff genommen worden ist. Den Vorschlag, den bisherigen Reichs-Eisenbahnrat mehrfach bis zur Neuerstellung zu wählen, habe die tatsächliche Realisierung widerstreit. Da in diesem die Arbeitnehmer nicht berücksichtigt seien. Es sei daher beabsichtigt, in den Eisenbahnrat zehn Arbeitgeber und sechs Arbeitnehmer zu berufen. Ob das Reichsverkehrsministerium damit einverstanden sei, sei noch nicht gesagt worden.

Auslösung eines Staatsvertrages zwischen Sachsen und den Fürstentümern Meus.

Es folgt die erste und zugleich Schlussberatung einer Regierungsvorlage über die Auslösung des Staatsvertrages zwischen Sachsen und den ehemaligen Fürstentümern Meus a. L. und L. L. der den Anschluß der Fürstentümer an das sächsische Oberverwaltungsgericht berechtigt. Der Vertrag ist bis 1. Oktober 1927 unkündbar. Im Hinblick auf den kontinuierlichen Zusammenschluß Thüringens bittet die Regierung, sich mit der vorgelegten Auslösung des Vertrages unter der Bedingung einverstanden zu erklären, daß der Staat Thüringen den ihm zufallenden Anteil an Wartegeldern, Pensionen und Unterstützungen für die Beamtens des Oberverwaltungsgerichts noch auf weitere fünf Jahre entrichtet.

Abg. Bünker (D.-R.) äußert einige Bedenken. Schon bei Abschluß des Vertrages sei Sachsen finanziell ungenügend als Neubau gestellt gewesen.

Ministerialdirektor Dr. Schulze gibt zu, daß die Bedenken von Meus nicht denen Sachens entsprochen hätten. Schon deshalb wolle die sächsische Regierung der thüringischen Anregung auf Auslösung des Vertrages gern nachkommen.

Abg. Bölk (Soz.) und Dr. Dehne (Dem.) sprechen trotz einiger Bedenken im Namen ihrer Fraktionen ihre Zustimmung aus. Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Als nächster Punkt der Tagesordnung kommt der Gesetzentwurf über eine weitere

Berlängerung der Wahlbauer des Landeskulturrates und des Ausschusses für Gartenbau beim Landeskulturrat zur Beratung. Danach soll die Wahlbauer der Mitglieder bis Ende 1921 verlängert werden.

Abg. Schembor (Soz.) fordert die Regierung auf, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Frage der wirtschaftlichen Berufsvertretung baldigst zum Abschluß komme. Man müsse anerkennen, daß der Landeskulturrat und die landwirtschaftlichen Vereinigungen in technischer Hinsicht viel zur Erhebung der Landwirtschaft beigetragen hätten, auf sozialen Gebieten jedoch seien sie zurückgeblieben. Redner stellt den Antrag, die Vorlage dem Rechtsausschuß zu überweisen.

Abg. Müller (Unabh.) stimmt diesem Antrage zu, schon bedingt, weil seine Freunde der Verlängerung der Wahlbauer widersprachen.

Abg. Claus (Dem.) erklärt, keine Fraktion habe jetzt darüber ab, grundähnliche Ausführungen über die Organisations des Landeskulturrates zu machen, obwohl sie eine andere Zusammenfassung, die jetzt ganz einheitlich sei, dringend wünsche. Die Regierung müsse gebeten werden, sich für die reale Durchführung des Reichsrahmengeges einzuwenden.

Abg. Donath (D.-R.) spricht ebenfalls seine Zustimmung an der Vorlage aus.

Abg. Weimer (Kommu.) meint, die "reaktionäre" Reichsregierung wolle das Gesetz nur verhindern und so gehalten,

dab es sich gegen die Arbeitnehmer richtet. Die kommunistische Fraktion lehne die Vorlage ab.

Abg. Schmidt (D.-R.) erklärt seine Zustimmung zu der Verlängerung der Wahlbauer. Eine Ausschusseratung würde nur eine Versägung herbeiführen. Der Redner widerspricht der Auffassung, daß der Landeskulturrat auf isoliertem Gebiet verfügt habe. Der Landeskulturrat selbst habe befürwortet, daß bei der neuen Zusammenfassung die Arbeitnehmer berücksichtigt werden sollten.

Ministerialrat Dr. Gatz lässt im Namen der Regierung, die Vorlage zu verabschieden. Die Verbesserung, die durch Ausschusseratung eintreten müsse, werde dann führen, daß Sachsen ohne landwirtschaftliche Berufsvertretung sei, da die Wahlbauer ja am 31. Dezember ihr Ende erreicht habe. Die Neuwahl würden sofort ausgekörte werden, wenn das neue Gesetz verabschiedet sei; dazu müsse aber das Reichsrahmengeges abgewartet werden.

In der Abstimmung wird der Antrag Schembor auf Überweisung der Vorlage an den Rechtsausschuß abgelehnt. Die erste Beratung ist damit geschlossen.

Der folgende Punkt der Tagesordnung betrifft einen Gesetzentwurf über

## die Zuständigkeit des Vermundschäfergerichts für Volljährigkeitsüberprüfungen.

Um eine Entlastung des Justizministeriums herbeizuführen, sollen die Volljährigkeitsüberprüfungen dem Justizministerium abgenommen und den Vermundschäfer gerichtet übertragen werden.

Doch hierzu austimmende Erklärungen der Parteien bestätigt der Minister des Innern Lipinski, daß die Ministerien sehr stark in Anspruch genommen seien, und bitten, zu beobachten, daß alle diejenigen, die sich an ein Ministrum wenden, dies erkräftlich unter Angabe des Zweckes tun müßten, damit der Minister sich vorher informieren könne und die Ausprache ein praktisches Ergebnis habe. Es finde eine Nachprüfung des Beamtenapparates statt, um eine Selbstverständlichkeit herzuführen. Zum Schluß bemerkt der Minister, daß die tatsächliche Regierung in Berlin vorzeitig werden würde, das Volljährigkeitsalter auf 20 Jahre herabzusetzen. — Das Gesetz wird hierauf in der Schlusserwiderung einstimmig angenommen. Es tritt am 1. Februar in Kraft. Darauf erfolgt die Beratung eines Gesetzentwurfs, bestreit die

Aushebung des Gesetzes über die Beschränkung auf Aussichtshaus läufiger Abgabepflichtiger von öffentlichen Vergnügungsstätten.

Abg. Innaniksel (Soz.) bemerkt, daß gegenwärtige System des Steuerabbaus sei ein neuer Grund für die Aufhebung des Gesetzes. Er stellt den Antrag auf Aussichtshaus zu, der angenommen wird.

Abg. Schmidt (D.-R.) stimmt ebenfalls der Aufhebung des Gesetzes bei.

Abg. Dahmen (Dem.) erklärt, solange die Einsicht, daß kein Staat seine Mittel vorenthalten werden dürfen, noch nicht allgemein durchdrungen sei, könne dieser eigentlich nicht auf Anwendungsmittel verzichten. Da das Gesetz aber der gegenwärtigen Zeit nicht mehr entspreche, stimme seine Fraktion der Aufhebung zu. Man müsse jedoch feststellen, daß die Regierung wichtige Gesetzentwürfe als den vorliegenden einbringen könne.

Minister des Innern Lipinski drückt seine Überraschung über die Ausführungen des Vorredners aus. Ein neuer krasser Fall habe die Regierung zu diesem Gesetzentwurf veranlaßt. Sie habe die freudige Zustimmung aller Parteien erwartet.

Abg. Börner (D.-R.) erklärt, die Mehrheit seiner Fraktion mösse die Aufhebung des Gesetzes ablehnen. Das Gesetz habe einen erstaunlichen Anwendungsbereich, der nicht angehalten werden, ihre Pflichten zu erfüllen. Da es nur Böswillige treffe, sei es nicht unfaul. Die deutsch-nationalen Fraktion werde energisch die Regierung unterstützen, wenn diese gegen Schieber und Steuerhinterzieher vorgehe.

Die Abg. Ober (Kom.) und Bühring (Unabh.) sprechen ihre Zustimmung zu der Vorlage aus.

In der folgenden Abstimmung wird die Aufhebung des Gesetzes vom 21. April 1881 beschlossen.

Schluß der Sitzung 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung: Heute, Donnerstag, den 13. Januar

nachmittags 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen mehrere Anträge, betreffend die Wohnungsnot und Maßnahmen zu ihrer Beseitigung.

Die Regierungsvorlage über die Schlachtfleischversicherung wurde am Mittwoch im Rechtsausschuß des Landtages beraten. Der Vorschlag, 25 Prozent der Erschließung aus Staatssmitteln zu gewähren, wurde abgelehnt. Es wurde beschlossen, daß der Staat nicht mehr die Verwaltungskosten tragen, sondern alles von den Verfleischungsnehmern aufgebracht werden soll. Von deutsch-nationaler Seite wurde noch die Frage angeregt, ob es nicht unter diesen Umständen besser wäre, die ganze Schlachtfleischversicherung in Selbstverwaltung zu nehmen, da das unter Umständen billiger werden würde. Weiter lehnte der Rechtsausschuß die von einem Privatmann beantragte Genehmigung zur Durchführung einer Prüffälligkeit gegen den Präsidenten Gräßdorf, wie allgemein üblich, ab.

## Bermischtes.

Der Ausführer einer starken Räuberbande, der seit zwei Jahren von verschiedenen Kriminalbehörden gesucht wurde, ist von der Berliner Kriminalpolizei aufgefunden und gestellt worden. Es handelt sich um einen aus Blechfeld stammenden Arbeiter Rocken, der sich auch wegen eines in Verbindung mit den Raubzügen liegenden Mordes an einem Garbaren zu verantworten haben wird. Die Bande hatte vorgesehen, im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrats zu handeln.

Hochwasser in Hamburg. Schon in der Nacht zum Mittwoch meldeten Kanonenhälse vom der Deichtort-Batterie das Vorstehen von Hochwasser. Diese Warnung wurde am Mittwoch mehrfach wiederholt. Starke Westwind blieb von der Mündung her die Küstenlinien und auch vom Oberlauf kommt infolge des Regenreichs Wasser, so daß die Flüsse bereits die Ufer am Hafenmarkt St. Pauli an den Vorläufen überstülpten und in verschiedene Keller eindrangen. Der Schiffsoverkehr in den Fleeten zu den Speichern mußte bereits eingestellt werden.

Ein treuloser Beamter. Die Strafanmer in Elsen verriet den Diplom-Ingenieur Schneider von der Dortmunder Union, der früher bei der Firma Krupp arbeitete und sich in den Werk einer Kruppschen Geheimwissenschaft über die Herstellung von Geschützrohren, die nur in einigen Exemplaren vorhanden war, zu seinem Gewissen und das in erhaltenen Habitscheinheims bei der Dortmunder Union verwertet hatte, wegen Vergebens gegen das Urheberrecht zu 4500 Mark Geldstrafe.

Explosion von Neuerwerbskörpern. Wie der Berliner "Ans." meldet, explodierten im Stadtinneren von Riga in dem dort gelegenen provvisorischen Laboratorium mit ungünstiger Gewalt die dort aufgestellten Neuerwerbskörper und ließen in kurzer Zeit das ganze Haus in Flammen. Drei Menschen kamen ums Leben. Außerdem erschien zwei Frauen beim Sprung aus dem Fenster schwer verletzt.

Fliegerabflüge. Das Postflugzeug "D. 38 W.", das sich auf der Fahrt von Berlin-Johannishof nach Braunschweig befand, ist bei heiligem Sturm über dem Weißer Noth bei Gardelegen abgestürzt und zerstört. Der Führer ist tot. — Ein Marinellugzeug stürzte in den Zwischen bei Stockholm ab. Die beiden Insassen sind ertrunken.

Rettung aus Seeot. Die Rettungsstation Rowe der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Heute wurden von dem Dampfer "Neufahr" 10 Kilometer westlich Rowe mit Bootsräumen von London nach Danzig bestimmt. 30 Personen durch den Räuberangriff der Station gerettet.

Die in Theater. Diese drangen nachts in das Stadttheater in Wermsdorf ein und hielten für über 100 000 Pf. Razzia. Die Diebstähle machen sich bei den Aufführungen empfindlich bemerkbar, da es zahlreichen kostümierten

Englisch-russische Scheinehen. Die Scheinehe, die sonst im Hinterreyen-Roman eine große Rolle spielt, steht in Russland Mode geworden. Die russischen Aristokratinnen haben über einen sehr guten Grund zur Einführung solcher Ehen, denn es gelingt ihnen dadurch, den Scheinehen bereit erklärten, um dadurch die auf kurze Zeit Angekauften zur englischen Universität zu melden und "die Ausreiseerlaubnis aus England zu erwirken. Doch auch Angehörige anderer Nationen erbarmen sich der in Sowjet-Russland schwatzenden Damen. Von diesen Scheinehen plaudert der englische Captain Francis Mc. Collough in einem Londoner Blatt: "Und da habe ich eben den Scheinehe geheiratet!" Diese gleichaltrige Beziehung steht in Europa in einem Stockholmer Hotel. Die Braut ist eine junge russische Dame, die in einer Gesellschaft eingerollter Diplomaten und ihren Freunden ihren Tee schlürft. Die Bezeichnung Name erstaunt, denn die Schone spricht ihrer Ehe wie von einer nebenstehlichen Sache, aber es war auch nur ein ganz formelles Ereignis; um Russland als Ausländer verlassen zu dürfen, hatte sie eine Scheinehe mit einem schwedischen Diplomaten geschlossen, der Russland verließ, und den sie auf diese Weise begleiten durfte. Die Trauung vor dem Notar in Moskau kostete sie nur eine Kleinigkeit und die Scheide in Finnland ging ebenso billig und schmerlos voran, so daß diese doppelte Erfahrung für sie weder mit den Kosten noch mit den Auseinandersetzungen verknüpft war, die sonst derartige Ehen mit sich bringen. Als ich selbst die Grenze überstieß, waren verschiedene meiner Gefährten mit russischen Damen verheiratet. Eine dieser jungen Frauen, eine Aristokratin von sechzehn Jahren, hatte sich zum "Gatten" einen blutigen Engländer erkoren, von dem sie sich in dem Augenblick trennte, in dem beide die Quarantäne-Station verließen. Eine andere Russin, eine alte Jungfer, nicht mehr in der Blüte der Jahre, versiehte sie in ihren Zeitungen bis über die Ohren und weigerte sich leidenschaftlich, sich wieder von ihm zu trennen. Niemals bisher ist es mir gelöst, einen Mann zu bekommen," summerte sie, "und nun, da ich einen so reizenden jungen Menschen geheiratet habe, soll das nur gelingen sein, damit ich ihn wieder freigeben mag." Der Engländer fand sich von seiner Scheinmutter nur dadurch bestreit, daß er ihr bewies, daß er schon verheiratet war.

# Gewaltige Preisherabsetzung!

## 10 bis 50 Mk. pro Paar!

### auf sämtliche Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel.

Weitgehende Garantie für jedes Paar.

#### Herrenstiefel

Herrenstiefel, ebd. Rindb., mod. Form, Lederverbindl., Gehverkleid., 128  
Herrenstiefel, ebd. Wolbb., hochmoderne Form, kleine Ausführung, ohne reine Wahl, mit u. ohne Buchsp. 168  
Herrenstiefel, ebd. Buchsp. und Chevreau, mod. und ohne Buchsp., Lugsausführung, Goodbear-Well (Rahmenarbeit). 188  
Herrenstiefel, braun, ebd. Wolbb., moderne Form. 178  
Herrenstiefel, braun, ebd. Buchsp., hochmoderne Form, Lugsausführung, Goodbear-Well (Rahmenarbeit). 198  
Herren-Halbschuhe, kleine Buchsp. und Chevreau, Lugsausführung, Goodbear-Well (Rahmenarbeit). 188  
Konfirmandenstiefel, hochmoderne Formen, Lederverkleid., 128  
Herren - Zug- und Schnallen - Stiefel, ebd. Wolbb. 176

#### Damenstiefel

Damenstiefel, ebd. Buchsp., hochmoderne Formen, hoher Gehverkleid., 128  
Damenstiefel, ebd. Chevreau, und Wolbb., mit und ohne Buchsp., hochmod. Formen, Lederverkleid. (Rahmenarbeit). 148  
Damenstiefel, ebd. Buchsp., Chevreau, mit und ohne Buchsp., hochmoderne Form (Buchsp.). 178  
Damen-Stiefel, ebd. Buchsp. und Chevreau, mit und ohne Buchsp., hochmoderne Form, Goodbear-Well (Rahmenarbeit). 198  
Damen-Lackstiefel, hochmoderne Form, mit Schuhnägeln und langerem Knöpfen, Goodbear-Well (Rahmenarbeit). 188  
Damen-Stiefel, braun Buchsp., hochmoderne Form, Goodbear-Well (Rahmenarbeit), Buchsp. 198  
Damen-Touristen - Stiefel, genäht, hoher Knöpfen, hochmoderne breite Form, halbhoher Knöpfen. 168

#### Damenhalbschuhe

Damen-Lederhausschuhe mit Buchen-Oblik, Bucher Gehverkleid. 48  
Damen - Schnürhalbschuhe, ebd. Chevreau, moderne Form, hoher Gehverkleid. 78  
Damen-Schnürhalbschuhe, ebd. Wolbb., hohe moderne Form, hoher Gehverkleid. 98  
Damen-Schnürhalbschuhe, ebd. Buchsp. und Chevreau, hochmoderne, kurze Form, Goodbear-Well (Rahmenarbeit). 128  
Damen-Lack-Schnürhalbschuhe, hochmoderne Formen, Goodbear-Well (Rahmenarbeit). 138  
Damen-Schnürhalbschuhe u. Spangen, braun, ebd. Chevreau, kurze, moderne Formen. 158  
Damen - Spangen - Schuhe, moderne Formen, hoher Gehverkleid. 78

#### Kinder-Stiefel

in Rindb., Lederverbindl., Lederverkleid., Lederbügel, Gr. 22-30. 48

Verkaufszeit: 10-1, 3-7 Uhr.

Loewenstein Scheffelstr. 28, 1. Stock  
an der Wallstraße.

Br. 21  
Domestik  
Gefälle





Konzertdirektion F. Ries.  
**Morgen** Freitag, 14. Uhr, Gewerbehaus  
**Mary Wigman**  
 Neue Tänze mit dem Philharmon. Orchester.  
 Leitung: Dr. Heinz Knöll.  
 Karten: F. Ries, Seestraße 21.

## Bismarck-Hochschule,

Winckelmannstraße 4.

Freitag den 14. Januar

7½ Uhr abends: Dr. Mündler:  
 Wörterbundpolitik in alter und neuer Zeit.  
 8½ Uhr abends: Dr. Görlitz:  
 Der Friedensvertrag von Versailles in seiner Bedeutung für Deutschlands Souveränität.  
 Karten bei Hugo & Dahl, Thaerstraße 29. Lehmannsche Buchdruckerei, Altenhofstraße 15, und an der Altenhofst.

**Zither-Konzert** (Hoff-Saal und Saal im Gewerbehaus). Anfang 2.00, 3.00, 4.00 u. 5.00 Uhr. Hugo & Dahl, Thaerstraße 29, I.

## Königshof-Theater

Anfang 4.30 Uhr. „Die letzten sechs Wochen“

Wittelsbachspiel in drei Akten von Leo Jungmann. Lange Zeit verboten gewesen.

Nr. 1489. Die W.-Tymian.

**Tymians Thalia-Theater**  
 Die herrlichen Weihnachtssänger.  
 Weihnacht im Grenz-Zollhaus von Winter-Tymian. Auch sonst alles neu!

Anfang 4.30 Uhr. Viele Karten im Umlauf.

## SARRASANI

Täglich 7 Uhr. Sonntag auch 3 Uhr.  
 Nur noch bis 15. Januar.

## 25 Löwen

Außerdem das bekannte große Circus-Programm  
 Haus Sarrasani-Surraanum.  
 Vorverkauf: Residenz-Kaufhaus und Carus-Kasse. Benutzung des Vorverkaufs ist durchaus ratsam. Telefonische Billettbestellungen auf Parkett und Loge: 23-44.

**Tivoli**  
 Großer Saal, neue Bühne.  
 Seit Sonnabend den 14. Jan. bis 14. Januar  
 Oscar Juhnhähns beliebte Sänger.  
 Der einzig brillante Operette. Der eine Stimme.  
 Einiges 3. Uhr. Residenz-Kaufhaus (Postkarte).

## SARRASANI

## Trocadero

die vornehmste Unterhaltungsstätte

Täglich abends 8 Uhr | KABARETT-VORSTELLUNG.

**Palast-Hotel Weber**  
 am Zwinger  
 Täglich Nachmittags-Tee  
**Neues Salon-Orchester**  
 von 4.30-6.30 in der  
 stimmungsvollen, gutgeheizten Marmorthalle  
 anschließend Abendkonzert von 7.30-11.30.

**Bleisch= Bar und Weinluben**  
 Nachmittags und abends  
 vornehme Künstler-Konzerte  
 Eigene Auskünfte — sehr gute Räume  
 Gutgelegte Weine  
 Spezialität: Bleischpfeffer

**Deutscher Hof**  
 Täglich  
 :: 5-Uhr-Tee ::  
 Restaurant acht Uhr Tafelmusik.

**Süßigkeiten, möglichst grobe Ware,**  
 nur Süßigkeiten kaufen leidenschaftlich u. erg. benötigt  
 Meisterkunst. Zum 1. u. 2. D. Dresden-S. L. Wissenskunst. 12

## Kammer-

Ab heute Donnerstag!

## Sensation!

Neuaufnahme des hervorragenden  
 Abenteuer- und Sensationsfilms

## Um eine Million!

5 Akte.

Regie:

## Harry Piel.

Hauptrolle:

## Esther Carena.

## Sensation!

Wochentags 1/2, 7, 1/2, 9 Uhr. Sonntags ab 1/2 Uhr.  
 Sonnabends ab 4 Uhr.

## Lichtspiele

## Königs-Diele

Ringstraße 14 Am Bismarck-Denkmal

Freitag den 14. Januar

zum Nachmittags-Tee und am Abend

## Wohltätigkeits-Konzert

der verstorbene Haussopran Karl Heber mit außerordentlichem Programm.  
 An diesem Tage wird ein Eintrittsgeld von Mark 1,50 (einschl. Steuer) erhoben.  
 Der Gesamterlös kommt der Deutschen Kinderhilfe zu.

## Neue Kaffee- u. Teesalons

im ersten Stock  
 Lese-, Rauch- u. Spielsäle

Prager Straße 48

Echt Plauer u. Münch. Vollbier. — Bestgepfli. Weine. — Kalte und warme Speisen.



Erstklassiges  
 Bestellungs- und  
 Versandhaus

Bis u. Biergetränke  
 Feinstes Teegebäck  
 Baumkuchen

Ecke Sidonienstraße

Prager Straße 48

Echte Sidonienstraße

# Sport-Nachrichten.

## Winter-Sport.

**Großherbergssport.** Wie der Winter durch die Berglandpost wandelt, wie er im Auge und Bild, in Licht und Ton zurückbleibt als wildprächtiges Erinnerungsstück, — das Bedürfnis dieses Eindrucks hatte zahllose Mitglieder vom Bergsteigerclub in den Sommerberghausen geführt, nun Director Dr. Kutschel vom Winter im Riesen gebürgte Bilder sprach und zeigte, sprach, daß oft eine humoristische Karikatur im Saal rumbüllte, sprach, daß spontane Bewunderung auftrat. — Bergsteigerheld! An diesen Vätern schaute in die Freude heuer. Da fühltest den Morgen, der den Aufbruch zur Höhe des Kammes — und das ganze Riesengebirge ist bloß ein Kamm mit den zwei Alpenketten, der Kappe und dem Jägerkäppchen, als glänzende Spitzenketten — in fahles Gelb tauchte. Aus Sternen ih's kann ein Kaiserwürger geworden, aber höchst zum Berlichen ist das Schneekleinen, gräßtest, brautlich, unanständlich — von Oktober bis Mai wählt Winters Freudenmarkt mit Altbierg, und in Schmelztümeln drosten erste Blumen, wenn die Ebene Blütenstauden trägt. Götter wird die Luft, nun draus der Sturm herau; herunterstehende Gipfel schreien, dümmlich grau, sieht er erbarmungslos berücksichtigt, während seinen Hals die ins Ohr und — wenn du, dümmlichkeit, blaßgezähmt emporkriecht, steht über die Eiswand gegenüber bläbisch gerade ein Sonnenkreis, stehend läuft sich der wilde Jäger darüber. — Man muss nordlich sein, um diese Schönheit zu spüren; Goddabut gehört in die Glieder hinein. Da oben wohnen die alten Götter. Wer berbet Sport ist noch heute den Durchsichten, mutig und tüchtig bauen sie Figuren aus Bäumen; Hexen haben mit entschuldet Mund, Saurier scheinen Urweltzeit an erneuern: tüchtig sind nicht; eine Kaiserlich-deutsche Telegraphentante ist's, wie sie der preußische Staat norm Seine hemm' Unwetter entgegenstellen wollte. — Selten sind die Sonnentage im Nordgebirge. Das Engadin zählt 125 unter 180 Tagen das Wiesengebirge bloß 6. Aber gerade der stürmische Wechsel von heiter und verblüfft ergreift. Weit, hoch, herrlich der Blick rings ins Gebirge hinunter, — das ist hier bloß eine Pause zwischen Regenfällen des Gärtners. Semolina führt er den Skifahrer hinab, tödesmäßig in die Stadt, bildenfänglich. Es läuft vielleicht unter ihm die Kuhweide, es läuftend ihn vielleicht lustauer und jetzt ihm jenseits am Hang ins Weiche. Und er kann's doch nicht lassen, wenn auch die rüde Einfluss auf der Entfernung der Ober Aphe längst bringt, und beide Sport- und Hexen zusammen töben. Der Berggeist ruft. . .

## Radsport.

Die deutschen Radfahrer des Thüring-Slowakel haben sich jetzt einem Runde anfangen geschlossen, der in Prag seinen Sitz hat. Der neue Runde will die Säulen des Bundes Deutscher Radfahrer zu den seitigen machen. Alte alte Währ wird nach Romia oder 1. Bundstag des neuen Verbandes einberufen.

# Walchenseewerk A.-G. und Mittlere Isar A.-G.

## 4½ % minderliche vom Jahre 1926 ab zum Nennwert rückzahlbare Schuldverschreibungen der „Bayerischen Großwasserkraftwerke“

Übereinstimmung durch den jetzigen und zukünftigen Besitz der beiden obigen Gesellschaften und deren sammlerbindlicher Haftung und durch die Bürgschaft des mit seinem Gesamtvolumen für Kapital und Zinsen haftenden Staates Bayern.

Die bayerischen Wasserkräfte bilden einen bez zweckhaften Teil des bayerischen Wassernetzwerkes. Nach ihrem zölligen Nutzen können insgesamt rund 2,5 Millionen Pferdekraften mit einer ungefährlichen Jahresleistung von 12 Milliarden Pferdekraftstunden gewonnen werden. Diese elektrische Energie, von den jährlichen Bedürfnissen in Bayern aus bei einer Verdopplung des jetzigen Verbrauchs mit elektrischem Strom zu betreiben, um die elektrische Beleuchtung in allen Städten und Gemeinden einschließen, die Mindestsätze in der Landwirtschaft, im Gewerbe und in der Industrie ganz benötigten Dampfmaschinen durch Elektromotoren zu ersetzen und neue entstehende Industrien reichlich mit Elektrizität zu versorgen. Dabei würden immer noch sehr große Kraftwerke durch Elektrizität und damit überzeugend.

Zur möglichst raschen Verbesserung der diversen wirtschaftlichen Folgen, welche die Kohleknappheit für das Verbrauchswesen und die bayerische Industrie mit sich brachte, sind vom bayerischen Staate rund

### Das „Walchenseewerk“ und die „Mittlere Isar“

in Anspruch genommen worden.

Bei dem Walchenseewerk wird das Wasser der Isar im Walchensee aufgestaut und in der 200 m hohen Großhütte zwischen Walchensee und Kochelsee angesaugt. Das Werk hat eine Spülleistung von 120 000 Pferdekraftstunden und eine Jahresleistung von 20 Millionen Pferdekraftstunden. Ein besonderer Vorzug des Walchenseewerkes besteht in dem schon vorhandenen Speicherbedien des Walchensees, dessen Wasservorrat in den Stunden erheblich steigbar und insbesondere in dem wasserarmen Wintermonaten herangetragen wird.

Die Wasserkraften berechnen sich nach der heutigen Preisgestaltung eine etwaige Verdopplung der Stromerzeugungskosten aufzuweisen.

Mit dem Bau des Walchenseewerkes wurde im Dezember 1919 begonnen. Die Bauarbeiten, insbesondere die Wasseraufnahmen und der Unterwasserabsatz sind zum großen Teil ausgeliefert. Mit der Inbetriebnahme des Werkes im Jahre 1923 kann mit Sicherheit gerechnet werden.

Die mittlere Isar wird auf eine Wassermenge von 180 000 Pferdekraftstunden ausgenutzt. Im Jahresdurchschnitt werden 75 000 Pferdekraften geleistet und damit ähnlich rund 60 Millionen Pferdekraftstunden gewonnen. Der erzielbare Strom soll zum überzeugenden Zell für Elektrizitätsherstellung des Kraftbetriebs und damit gleichzeitig das Wasser und Strom verwandeln werden. Bei dem bestehenden außerordentlichen Kraftbedürfnis kann der Stromstrom als gefestigt gelten.

Der Strom geleistbar ist auf Grund derzeitiger Preisverhandlungen auf 600 Millionen Mark verhöhnt. Im Hinblick auf die gegenwärtigen außerordentlichen Kostenerhöhungen steht die Kraftförderung der Mittleren Isar zu den Anscheinlichkeiten in Jahr günstigem Verhältnis.

Die Werke sind im Frühjahr 1924 beauftragt worden und zu einer Ausdehnung von 35 km in vollem Gange. Bereits jetzt sind rund 2000 Arbeiter.

Der Beginn des Betriebes soll im Jahre 1925 im September beginnen. Die Inbetriebnahme des Walchenseewerkes wird im Jahre 1923 mit Sicherheit gerechnet werden.

Über das ganze rechtsrheinische Bayern erstreckt sich „Bayerisch-Mittlere Isar“. Die im Betrieb befindlichen Kraftwerke der Walchenseekette und der großen Niedergermanischen und Westfälischen Seen sind mit dem Strom zu beliefern und auch benötigte Wirtschaftsgüter unabhängig von der Richtung zu machen.

Das Walchenseewerk und die Mittlere Isar haben ihrerseits Untersuchungen zur weiteren Verbesserung.

Für die Weiterführung des Baues und ihr den Betrieb des Walchenseewerkes und der Mittleren Isar sind durch Vertrag vom 5. Januar 1921 unter Überwachung der bayerischen Staatsregierung die Walchenseewerk-Aktiengesellschaft und die Mittlere Isar-Aktiengesellschaft gegründet worden.

Der Sitz der beiden Gesellschaften ist München; ihre Dauer ist seihlich nicht begrenzt.

Die Gesellschaften werden unter der Leitung eines eigenen Betriebs, die Errichtung ähnlicher Unternehmungen, die Beteiligung an solchen und der Gewerbe vom Grundbesitz und Rechten, welche dem Zwecke der beiden Unternehmungen dienen.

Insbesondere in Oberschwaben der Unternehmungen des Walchenseewerkes und der Mittleren Isar werden die genannten Kraftwerke beschafft und noch zu erstellenden Anlagen und aller damalig zusammenhängenden Rechten.

Das Grundkapital der Walchenseewerk A.-G. beträgt M. 50 000 000, — das der Mittlere Isar U.-G. 7 000 000, —

30. September 1921.

Zur Bezeichnung der Mittel für den weiteren Ausbau geben die Walchenseewerk A.-G. und die Mittlere Isar U.-G. unter dem Sammelnamen:

**Schuldverschreibungen der Bayerischen Großwasserkraftwerke**

mit 4½ % vergleichbar zum Jahre 1926 ab zum Nennwert rückzahlbare Obligationen aus, die durch den jetzigen und zukünftigen Besitz der beiden Gesellschaften unter deren gemeinsamer Führung und durch die Bürgschaft des mit seinem Gesamtvolumen für Kapital und Zinsen haftenden Staates Bayern übergeschrieben sind.

Die Schuldverschreibungen laufen auf den Inhaber und gelangen in Stückchen zu M. 1000 — 2000 — 3000 — 10 000 — 20 000 — zur Aussgabe.

Die Ausgabe beginnt am 1. April 1921; die Zahlung der Zinsen erfolgt halbjährlich jeweils am 1. April und 1. Oktober.

Die Einlösung der Schuldverschreibungen wird zum Nominal im Wege der Auslösung, begannend mit dem Jahre 1923 mit jährlich minderlichen 4½ % des vorliegenden ausgestellten Betrages zugleich mit der entsprechenden Zinsen aus den eingesetzten Schuldverschreibungen vorgenommen. Die Auslösungen erfolgen im Monat April jährlich ab Ende eines jeden Jahres, erstmals im April 1926, zur Reimzahlung am 1. Oktober 1926.

Die Schuldverschreibungen werden mit einer Frist von 6 Monaten an der Münchener Börse eingetragen.

Die Mittlere Isar soll zunächst an der Münchener Börse eingetragen werden.

Die im Vorbericht bezeichneten Schuldverschreibungen der Bayerischen Großwasserkraftwerke werden hiermit zur öffentlichen Zeichnung unter folgenden Bedingungen aufgelegt:

Zeichnungsstelle ist die Bayerische Staatsbank München mit ihren filialen Niederlassungen.

Zeichnungen können:

vom 17. Januar bis einschließlich 5. Februar 1921

- bei den genannten Stellen, sowie
- bei der Bayerischen Sparkassen- und Wechsel-Bank, München,
- Bayerischen Vereinobank, München,
- Bayerischen Handelsbank, München,
- Bayerischen Notenbank, München,
- Südbayrischen Gedächtnisbank, München,
- Bayerischen General-Dreiecksbank, c. G. m. b. H., München,
- Wertbank, München,
- Südbayerische, München,
- Schneider & Weinmann, München,
- der Bayerischen Disconto- und Wechsel-Bank, A.-G., Nürnberg,
- Vereinsbank, Nürnberg,
- Raiffeisenbank, Nürnberg,

und allen Niederlassungen dieser Instituti.

Wer durch Vermittlung sonstiger Banken, Bankiers, Banungsgesellschaften und der Sparkassen erfolgen. Ein früherer Zeichnungs-

zeitraum bleibt vorbehalten.

Zeichnungsstelle und bei allen namentlich genannten Stellen zu haben. Die Zeichnungen können aber auch ohne Vermittlung von Zeichnungs-

stellen direkt erfolgen.

Der Zeichnungspreis beträgt

unter Berücksichtigung der Stückhöhe möglichst günstig Schuhholzklampf.

Die Zeichnung darf baldmöglichst nach Zeichnungszeitraum statt. Die bis zur Zeichnung bei eins bezahlten Schüsse gelten als voll ausgezahlt.

Die Zeichner können die gezeichneten Wechte vom 31. Januar 1921 ab besetzen. Sie sind verpflichtet:

30 % des zugeteilten Betrages spätestens am 28. Februar 1921

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

30 % : 31. März : 30. April :

